Ä4 Wir sind APO, nicht apolitisch!

Antragsteller*in: Felix Kalbe (LV Grüne Jugend Thüringen)

Änderungsantrag zu A12

Von Zeile 4 bis 42:
Die Bundesregierung rückt migrationspolitisch weiter nach rechts und übernimmt rassistische Framings. Arbeitspflicht und Bezahlkarte sind kein Tabu, sondern mehrheitsfähig geworden – gleichzeitig sind diese Maßnahmen keineswegs eine neue Idee von AfD und CDU sind, sondern seit Jahrzehnten gesetzlich legale Möglichkeiten, die auf systematischem Rassismus beruhen. Das Versprechen der Klimagerechtigkeit rückt in weite Ferne: Statt Wohlhabende endlich höher zu besteuern und Lohnarbeiter*innen zu entlasten, wird versucht die Kindergrundsicherung und das Bürgergeld als Erfolg zu verkaufen. Die Schuldenbremse trifft uns als junge Generation besonders hart - Einsparungen in der Jugendarbeit, ein riesiger Investitionsstau in Bildung, Integration, Gesundheitssystem und eigentlich überall sind ihre Folgen.

Thüringen steht aktuell vor einer neuen Landesregierung aus CDU, BSW und SPD – einer sogenannten Brombeer-Koalition. Damit werden zum einen wichtige umwelt- und klimapolitische Maßnahmen der letzten RRG-Regierung gefährdet – sei es der Ausbau der erneuerbaren oder Fortschritte im ÖPNV. Zum anderen ist das aktuelle Sondierungspapier voll mit diskriminierenden Maßnahmen, während man vergeblich nach echten Lösungen auf Klima-, Bildungs- oder Demokratiekrise sucht. Dem Klimaschutz wird ein (!) Satz gewidmet, die Lösungen für Bildungsungerechtigkeiten sollen ein Weiter-So in der Gestaltung des Schulsystems und umfassendere Handyverbote sein.

Andererseits endet die Klimakrise nicht einfach an den Grenzen Thüringens. Im Gegenteil: Thüringen ist schon heute stark vom Klimawandel betroffen und wird in Zukunft noch verstärken. Dabei müssen die wirtschaftlichen Potenziale nutzen, denn hier entstehen gute Arbeitsplätze für Alle. Gleichzeitig haben wir dabei die Chance die grüne Transformation sozial-gerecht zu gestalten. Dass heißt, dass Klimageld und Investitionen in Schlüsselindustrien Hand in Hand gehen müssen. Dass heißt aber auch, dass Investitionen in die öffentliche Infrastruktur getätigt werden müssen, um Kommunen zu entlasten, Arbeitsplätze zu schaffen und einen lebenswerte Freistaat für die Bürger*innen zu entwickeln. Dafür muss die Schuldenbremse endlich abgeschafft werden, denn sei gefährdet Leben und Demokratie!

~~Die Bundesregierung rückt migrationspolitisch weiter nach rechts und übernimmt rassistische Framings. Arbeitspflicht und Bezahlkarte sind kein Tabu, sondern mehrheitsfähig geworden – gleichzeitig sind diese Maßnahmen keineswegs eine neue Idee von AfD und CDU sind, sondern seit Jahrzehnten gesetzlich legale Möglichkeiten, die auf systematischem Rassismus beruhen. Das Versprechen der Klimagerechtigkeit rückt in weite Ferne: Statt Wohlhabende endlich höher zu besteuern und Lohnarbeiter*innen zu entlasten, wird versucht die Kindergrundsicherung und das Bürgergeld als Erfolg zu verkaufen. Die Schuldenbremse trifft uns als junge Generation besonders hart - Einsparungen in der Jugendarbeit, ein riesiger Investitionsstau in Bildung, Integration, Gesundheitssystem und eigentlich überall sind ihre Folgen.~~

~~Thüringen steht aktuell vor einer neuen Landesregierung aus CDU, BSW und SPD – einer sogenannten Brombeer-Koalition. Damit werden zum einen wichtige umwelt- und klimapolitische Maßnahmen der letzten RRG-Regierung gefährdet – sei es der Ausbau der erneuerbaren oder Fortschritte im ÖPNV. Zum anderen ist das aktuelle Sondierungspapier voll mit diskriminierenden Maßnahmen, während man vergeblich nach echten Lösungen auf Klima-, Bildungs- oder Demokratiekrise sucht. Dem Klimaschutz wird ein (!) Satz gewidmet, die Lösungen für Bildungsungerechtigkeiten sollen ein Weiter-So in der Gestaltung des Schulsystems und umfassendere Handyverbote sein.~~

~~Trotzdem flacht auch die Klimakrise nicht einfach ab und muss wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte gebracht werden. Thüringen ist das Bundesland, welches in Deutschland am stärksten vom Klimawandel betroffen sein wird und gleichzeitig wirtschaftlich sehr stark profitieren könnte. Gleichzeitig wird der Klimawandel wahrscheinlich keine Rolle in der neuen Koalition spielen und es wird weiter Politik vorbei an der Realität gemacht, während Extremwetter Existenzen und Menschenleben kosten. Als Beispiel: In Teilen Deutschlands ist bereits die Trinkwasserversorgung gefährdet. Thüringen steht dank einer guten Fernwasserversorgung nochgut da. Doch auch hier braucht es Investitionen in Staudämme und Fernwasserleitungen, die durch eine Schuldenbremse verhindert werden.~~

~~Die Schuldenbremse gefährdet Leben!~~

~~Solidarität mit allen Arbeiter*innen und Antifas!~~
Solidarität mit allen Arbeiter*innen und Antifas!